



Beschlussmappe

Teil: 1

der

Bundesdelegiertenversammlung

12.10.2018 – 14.10.2018

in

Berlin

Grundsatzprogramm der CDU

Teil I – Hochschulpolitik

Wissenschaftsfreiheit

Die CDU bekennt sich zur Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Nur wenn Forschung frei und breit angelegt ist, kann sie langfristig Innovationen generieren. Dies ist die Grundvoraussetzung für Wachstum und Fortschritt. Die Freiheit der Forschung findet ihre Grenzen dort, wo die unantastbare Würde des Menschen verletzt oder die Schöpfung gefährdet ist. Chancen und Risiken der Forschung sind gewissenhaft abzuwägen.

Um die Freiheit der Wissenschaft und Forschung zu garantieren, ist eine ausreichende und verlässlich planbare Grundfinanzierung der jeweiligen Institutionen nötig. Einschränkungen durch gesetzliche Rahmenbedingungen und strukturelle Vorgaben wollen wir – soweit möglich – verringern.

Die Freiheit und Autonomie der Lehre sind Teil der Wissenschaftsfreiheit. Der Gestaltungsfreiraum der Lehrenden findet seine Grenzen in der Sicherung des Studienerfolgs der Lernenden.

Start-Up-Förderung

Die CDU erkennt die Förderung studentischer Gründung als ein maßgebliches Instrument zur Wirtschaftsförderung an.

Junge Gründer bedürfen neben staatlicher Finanzierung auch der gesellschaftlichen Ermutigung. Die CDU wird dazu beitragen, dass bürokratische Hürden ab- und finanzielle und ideelle Unterstützungen auch auf europäischer Ebene aufgebaut werden. Entsprechende Strukturen werden einzelfallorientiert und sachnah durch die Unterstützung der CDU an Hochschulen geschaffen und ausgebaut.

Qualitätssicherung des Abiturs

Eine exzellente Schulbildung ist essentielle Voraussetzung für akademische Ausbildungen. Um eine Qualitätssicherung zu ermöglichen, ist dem Leistungsprinzip zu folgen.

Die CDU befürwortet eine Angleichung der Abiturprüfungen in Anlehnung an die nach allgemeinen Qualitätsstandards anspruchsvolleren Bundesländer bei gleichzeitiger Wahrung des Bildungsföderalismus. Unterlagen zu den Lehrveranstaltungen sollen sowohl digital als auch analog vorliegen sowie einem deutschlandweiten Anspruchsniveau genügen, denn neben stetigen Evaluationen ist die Anschaulichkeit der Lehrinhalte wichtig.

Der Staat steht in der Pflicht, all seine Abiturienten angemessen und vollständig auf ein Hochschulstudium vorzubereiten. Dabei muss der Grundsatz „Kein Abschluss ohne Anschluss“ durch gute Perspektiven in der regulären Hochschulzugangsberechtigung abgebildet werden.

Chancengerechtigkeit

Ein jeder soll unabhängig von seiner ursprünglichen Ausgangssituation die Möglichkeit haben, sich im Rahmen seiner eigenen Fähigkeiten zum Besten zu entwickeln. Dies gilt insbesondere in Bezug auf den Zugang zu möglichen Studien-, Forschungs- oder Lehrangeboten an den deutschen Hochschulen und Universitäten. In der Überzeugung, dass ein jeder ungeachtet seiner Zugehörigkeit zu bestimmten Sozial- und Bildungsschichten durch seine individuellen Fertigkeiten und Talente viele Möglichkeiten hat, sind wir davon überzeugt, dass ein Zwang durch Quoten nur in Ausnahmefällen zum Erfolg führt. Wichtiger ist die Förderung durch Weiterbildungsangebote in jeder Lebenslage, sodass ein lebenslanges Lernen ermöglicht wird.

Verantwortung des Einzelnen

Nach unserer Überzeugung ist auch im Rahmen des Studiums ein jeder frei in seinen Entscheidungen. Diese Freiheit äußert sich sowohl in der Wahl der jeweiligen akademischen Laufbahn, als auch in deren inhaltlicher und zeitlicher Ausgestaltung. Freiheit heißt jedoch auch Eigenverantwortung, was bedeutet, dass sowohl positive als auch negative Folgen des individuellen Studienverlaufs von den Studenten selbst zu verantworten sind.

Diese Freiheit, welche wir aus unserem christlich-sozialen Menschenbild ableiten, kann nur durch die Verantwortung für Andere beschnitten werden. Ein jeder darf sich selbst verwirklichen, solange er niemanden auf sonst eine Weise in seiner Selbstverwirklichung stört.

Akademisierung und duales Ausbildungssystem

Sowohl die akademische, als auch die berufliche Ausbildung sind Alleinstellungsmerkmale und Garanten des bisherigen wirtschaftlichen Erfolgs und somit des Wohlstandes unseres Landes. Die Dualität der beiden Ausbildungsarten basierte lange Zeit auf einer ebenbürtigen Wertschätzung durch die Gesellschaft, jedoch ist in den letzten Jahren ein erstarkendes Missverhältnis auf Kosten der beruflichen Ausbildung festzustellen. Dies drückt sich durch immer weiter steigende Abiturientenquoten und einen immensen Fachkräftemangel aus, der die wirtschaftliche Prosperität nachhaltig bedroht. Dieser Entwicklung ist schnellstmöglich Einhalt zu gebieten, indem beispielsweise die Weiterbildungsmöglichkeiten und mit ihnen die Verdienstmöglichkeiten innerhalb der Ausbildungsberufe ausgebaut und die zunehmende

Qualitätsinflation der Hochschulreife umgekehrt werden. Es darf niemanden zum Nachteil gereichen, sich in Bezug auf eine praktische Schwerpunktsetzung aus- und weiterzubilden.

Qualität der Lehre

Qualitativ gute Lehre erfordert genügend qualifizierte Dozenten, um eine adäquate Betreuung der Lehrveranstaltungen zu gewährleisten. Die CDU unterstützt daher besonders den Ausbau und die Förderung des akademischen Mittelbaus, um an den Universitäten ausreichend sowie qualifizierte Dozenten einstellen zu können.

Promotionseignung und Durchführung

Ähnlich der Zulassung zum Studium sollten nur diejenigen, Zugang zu einer Promotion erhalten, die die notwendigen Voraussetzungen und die fachspezifische Expertise vorweisen können. Insbesondere sollten Promotionsprojekte grundsätzlich forschungsorientiert sein und nicht nur der reinen Reproduktion der Fakten ohne neuerfasster, inhaltlicher Tiefe dienen. Hierzu sollten auch bei Promovenden an nichtuniversitären Hochschulen die sonst üblichen universitätswissenschaftlichen Maßstäbe angelegt werden. Die Wahl des Promotionsthemas sollte darüber hinaus frei aus dem Interessengebiet des Promotionsstudenten stammen und nicht pseudopolitischen Dogmen oder wissenschaftlichen „Trends“ unterliegen.

Digitale Bildung

Auch im Bildungssektor muss auf die digitale Revolution reagiert werden. Hierbei müssen jedoch die Qualität der Lehre, sowie die Möglichkeit zum Diskurs zwischen Studenten und Dozenten gewährleistet sein. Dabei ist darauf zu achten rechtliche Hürden abzubauen. Explizit ist von reinen Digitalangeboten abzusehen, da diese zwar der Inhaltsvermittlung dienen, jedoch nicht die Möglichkeit zur wissenschaftlichen Auseinandersetzung anhand eigener Theorien bereitstellen. Grundsätzlich sollten jedoch wichtige IT-Kompetenzen bei Studenten und Dozenten ausgebaut werden.

Innovationen positiv gegenüberstehen, mutig entgegengehen

Unsere Welt entwickelt sich rapide weiter. Um auch in Deutschland mithalten zu können, ist ein Umdenken im Umgang mit innovativen Projekten nötig. Forschungsförderung darf sich nicht nur auf altbewährte Themen und Felder beschränken, sondern muss mit der Zeit gehen und auch visionäre Projekte vorantreiben. Weiterhin wird sich die CDU für eine Modernisierung und Anpassung des Urheberrechts auf das digitale Zeitalter einsetzen. Unsere Wissensgesellschaft

Grundsatzprogramm der CDU

ist auf bereit verfügbare sowie niedrigschwellig zugängliche Informationen angewiesen. Gleichzeitig sollen die Interessen und Verdienstmöglichkeiten von Urhebern angemessen berücksichtigt werden. Dies ist unausweichlich, um das vorhandene Potenzial zu nutzen und den Anforderungen des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.

Nachgelagerte Studienbeiträge

Die CDU strebt für das Ziel der besten Hochschulbildung eine Reform der Finanzierung der Hochschulen an. Um dazu im internationalen Vergleich konkurrieren zu können, wollen wir, neben der bisherigen Grundfinanzierung durch die Bundesländer und den bereitgestellten Drittmitteln, in der gesellschaftlichen Diskussion nachgelagerte Studienbeiträge nicht länger tabuisieren. Dies erscheint uns anlässlich der Länder- und Bundesschuldenbremse sowie der unterschiedlich verteilten Drittmitteleinnahmen unerlässlich, um im Interesse der Studenten bessere Studienbedingungen herzustellen. Daher wollen wir Studienbeiträge, nachgelagert, d. h. erst beim Eintritt ins Erwerbsleben erheben. Des Weiteren sollen diese zweckgebunden direkt additiv den Hochschulen zu Gute kommen, Haushaltssanierungen „auf Kosten“ der Studenten lehnen wir ab. Die akquirierten Mittel sollen dazu eingesetzt werden, einen besseren Betreuungsschlüssel, eine bessere Ausstattung und die Möglichkeiten von digitalen Hochschulen umfassend umzusetzen.

Gleichstellung Forschung und Lehre

Die CDU setzt sich für die Schaffung einer eigenen Organisation der Förderung der Lehre ein, die sich an der Deutschen Forschungsgemeinschaft orientiert. Damit wollen wir Anreize schaffen, die universitäre Lehre auf dieselbe Stufe wie die universitäre Forschung zu stellen. Eine nachhaltige, kontinuierliche Verbesserung der Lehre kann nur möglich werden, wenn vermehrt Anreize geschaffen werden, sich neben der Forschung auch mit einem notwendigen Maß der Lehre zu widmen. Außerdem muss eine Plattform geschaffen werden, damit sich alle beteiligten Akteure der Hochschullehre über ihre Ideen und Erfahrungen austauschen können.

Teil 2 – Leitlinien für die CDU als moderne Volkspartei

Parteitagsbeschlüsse umsetzen

Die CDU versteht sich als Partei, in der Politik von „unten nach oben“ betrieben wird. Anregungen aus verschiedenen Perspektiven unserer Mitglieder müssen jederzeit die Möglichkeit haben, aktiv gelebte christdemokratische Politik zu werden. Wir stehen für eine intensive Einbeziehung der Vereinigungen, Sonderorganisationen und Kreisverbände und wollen

Grundsatzprogramm der CDU

diese beibehalten und gegebenenfalls ausbauen.

Daneben bekennen wir uns als CDU zu unserem Bundesparteitag als höchstes beschlussfassendes Organ. Hier sind ein intensiver Austausch und Diskurs zwischen Präsidium, Bundesvorstand und der Basis in Form der Delegierten möglich. Dieses Delegiertensystem wollen wir grundsätzlich beibehalten. Unser Anspruch ist es, aus den beim Bundesparteitag positiv entschiedenen Anträgen Politik für unser Land zu gestalten. Daher ist für uns klar, dass wir die Empfehlungen des Parteitages ernst nehmen und anhand der politischen Mehrheiten auf den verschiedenen Ebenen versuchen, diese in konkrete Politik umzusetzen. Daher werden wir in Zukunft darauf hinwirken, dass der Antragsberatung ein größerer Zeitanteil als bisher auf unseren Bundesparteitagen eingeräumt wird, um diesen Anspruch zu manifestieren.

Patriotismus

Patriotismus heißt für uns als CDU auf Deutschland, unserer Heimat, in einem vereinten Europa stolz zu sein. Ein aufgeklärter und gesunder Patriotismus grenzt nicht ab, grenzt nicht aus, sondern lädt andere ein, an den Errungenschaften teilzuhaben. Wir bekennen uns zu unserem Patriotismus, aber lehnen jede Ausgrenzung durch Nationalismus ab.

Neben den Leistungen für Kultur und Wissenschaft sticht besonders unsere stabile freiheitliche Demokratie auf der Basis unseres Grundgesetzes heraus, die sich mittlerweile als wehrhaft gegen linken, rechten und religiösen Extremismus sowie antidemokratische Handlungen gezeigt hat. Auch die besondere historische Verantwortung Deutschlands, gewachsen besonders aus den Verbrechen des 20. Jahrhunderts, muss Teil eines gesunden Nationalbewusstseins und Motiv politischer Handlungen sein.

Wichtig ist es bei Patriotismus nicht nur an Deutschland zu denken. Unser Vaterland ist in eine Europäische Union eingebunden, die immer enger zusammenrückt. Schulter an Schulter stehen wir mit unseren Nachbarn für eine geeinte Europäische Union.

Wehrhafte Demokratie

Unsere Demokratie war in der Vergangenheit verschiedenen Bedrohungen ausgesetzt. Wir werden auch in Zukunft unsere demokratischen Institutionen verteidigen und die Errungenschaften sichern. Extremismus und staatsfeindliche Bestrebungen lehnen wir nicht nur ab, deren Bekämpfung sehen wir als staatliche und gesellschaftliche Pflicht. Präventionsprogramme und politische Bildung werden wir auch weiterhin als effektive Möglichkeiten sehen, um sich ausbreitenden demokratiefeindlichen Bestrebungen entgegenzustellen.

Soziale Medien

Die CDU wird sich mithilfe eines ausgereiften Social-Media-Konzeptes als politischer Meinungsführer in sozialen Netzwerken etablieren. Öffentliche Meinungsbildung findet bereits jetzt zu großen Teilen in sozialen Netzwerken statt. Eine Partei mit dem Anspruch einer Volkspartei muss gerade hier die öffentliche Debatte bestimmen. Politiker ohne einen Auftritt und Meinungsvertretung in sozialen Netzwerken werden künftig keine Wahlen mehr gewinnen können. Daher sollte dies, zwingende Kompetenz bei künftigen Amtsanwärtlern der CDU sein. Ziel muss es sein, dass jeder Mandatsbewerber der CDU in ein bis zwei Netzwerken aktiv vertreten ist. Um den Übergang jetzt zu gestalten, werden die CDU-Verbände Leitfäden für gute Social-Media-Arbeit erstellen und stetig aktualisieren. Um dauerhaft qualitativ hochwertige Auftritte mit hohen Follower-zahlen sowie den richtigen Formaten gewährleisten zu können, sollen diese auf allen Parteebenen verbreitet werden.

Teil 3 – Visionen für Europa

Der europäische Gedanke ist heute aktueller denn je, gerade in Wissenschaft und Forschung ist eine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene unabdingbar um im globalen Wettbewerb mithalten zu können und den Wissenschaftsstandort Europa zu sichern.

Kooperation und Abbau von Bürokratie

Europas Grenzfreiheit muss sich auch auf Forschung und Lehre erstrecken. Studiengänge mit multilateralen Kooperationen und internationalen Abschlüssen sind dabei genauso wichtig, wie der Abbau von bürokratischen Hürden bei bestehenden Austauschprogrammen. Auch eine Angleichung nationaler Abschlüsse auf ein vergleichbares Niveau, um die Mobilität auf dem Arbeitsmarkt zu gewährleisten, soll angestrebt werden. Dabei muss an eine europäische Lehre auch eine europäische Forschung angeschlossen werden.

Forschungsnetzwerke, freier Datenaustausch und Datenschutz

Europa muss sich an der Weltspitze der Forschung positionieren, als ein politisch-ökonomischer Raum ohne Grenzen und mit freier Mobilität, der eine alltägliche Vernetzung der Wissenschaft erlaubt. Dazu braucht es ein umfassendes europäisches Forschungsnetzwerk, welches sowohl einzelne Wissenschaftler als auch Institutionen miteinander vernetzt und Sorge dafür trägt, dass Ergebnisse von Studien, die durch EU-Gelder finanziert werden, jedem innerhalb dieses Forschungsnetzwerkes zugänglich gemacht werden. Die freie Zirkulation von Daten muss auch zu einem Umdenken im Datenschutz führen jedoch ohne, dass dadurch der innovative

Schaffensprozess in der Forschung eingeschränkt wird.

Mehrsprachigkeit

Eine Weiterentwicklung der EU findet jedoch nicht nur an den Universitäten statt. Es muss jedem Bürger möglich sein, von einer multilingualen Gesellschaft zu profitieren. Zur Entfaltung des europäischen Bewusstseins und der Schaffung einer europäischen Identität regen wir daher an, dass in Zukunft jeder Schüler innerhalb der Europäischen Union eine Amtssprache der Union neben seiner Muttersprache auf einem hinreichenden Niveau erlernen soll.

Europäische Integration und institutionelle Reformen

Für den Fortschritt der europäischen Integration braucht es institutionelle Reformen, welche dem System neues Vertrauen geben. Die EU Kommission muss eine effiziente Exekutive werden und das Proporzsystem durch ein leistungsorientiertes Auswahlverfahren der Kommissare ersetzen. Zur Vertiefung der Integration gehört auch eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik, die auf der internationalen Bühne Gehör findet. Zudem muss die EU als Institution präsenter in den Regionen und transparenter in ihrem Handeln werden.

Europäische Universität

Um den europäischen Gedanken, die Gesellschaft und die Forschung in Europa zu stärken fordern wir die Einrichtung einer europäischen Universität, die aus dem EU Haushalt finanziert wird. Von diesen Instituten in den verschiedenen Mitgliedstaaten sollen die EU und ihre Bürger als Ganzes profitieren und Europa an die Spitze der weltweiten Forschung verholfen werden. Die Universität soll durch strenge Auswahlverfahren eine europäische Elite fördern, welche Themen angeht, die nur in der EU gemeinsam behandelt werden können. Ziel ist es, eine Gruppe von Wissenschaftlern auszubilden, die den europäischen Gedanken verinnerlicht hat und europäische Kooperationen vorantreibt.